

Immanuel Wallerstein

---

## Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken<sup>1</sup>

Schon immer hat es in der Geschichte Gesellschaftssysteme gegeben, in denen eine relativ kleine Gruppe die anderen ausgebeutet hat. Die Ausgebeuteten wehrten sich stets dagegen, so gut es ging. Das moderne Weltsystem, das im Lauf des langen 16. Jahrhunderts als kapitalistische Weltwirtschaft entstanden ist, war besonders effektiv darin, Mehrwert aus der großen Mehrheit der Bevölkerung zu extrahieren. Dies geschah dadurch, dass zu den üblichen systemischen Merkmalen der Hierarchie und der Ausbeutung ein neues hinzugefügt wurde: die Polarisierung.

Das Ergebnis ist ein ständig gestiegener Grad der Ausbeutung derer, die wir heutzutage die 99 Prozent nennen, durch das eine Prozent. Widerstand dagegen hat es innerhalb des modernen Weltsystems entweder durch spontane Aufstände oder durch das Ausweichen in Regionen gegeben, die dem Zugriff und der Autorität des einen Prozents weniger ausgeliefert waren. Wie wir wissen, haben die Mechanisierung und die Konzentration der produktiven Unternehmen innerhalb dieses Systems zu einer wachsenden Urbanisierung geführt, die der Arbeiterklasse aber auch neue Wege eröffnet hat, um sich gegen die Ausbeutungspraktiken der herrschenden Kräfte zur Wehr zu setzen.

Darüber hinaus hat die Französische Revolution die Struktur des modernen Weltsystems verändert, indem sie zwei umwälzende Konzepte freigesetzt hat: die „Normalität von Veränderung“ als Gegensatz zu deren außergewöhnlichem und begrenztem Auftreten, und die „Souveränität des Volkes“ als Gegensatz zu derjenigen der Herrscher oder der Aristokratie. Diese zusammengehörigen Konzepte bildeten die Basis für etwas grundsätzlich Neues, eine Geokultur, die sich über das historische System ausbreitete und radikale „Veränderungen“ durch das „Volk“ legitimierte. Als Antwort auf diese Bedrohung der herrschenden Kräfte wurden drei Ideologien entwickelt – der Konservatismus, der Liberalismus und der Radikalismus.

---

1 Dieser Text geht auf einen Vortrag zurück, den Immanuel Wallerstein unter dem Titel *Social Movements and World-System Transformation: Prospects and Challenges auf der 38th Conference of the Political Economy of the World-System (PEWS)* an der University of Pittsburgh im April 2014 gehalten hat.

Jede dieser drei Ideologien war mit einem politischen Handlungsprogramm verbunden. Der Konservatismus stellte die erste und unmittelbare Antwort dar, insbesondere in den Schriften von Edmund Burke und Joseph de Maistre. Im Kern wurde darin die Sinnhaftigkeit, ja sogar überhaupt die Möglichkeit einer wesentlichen gesellschaftlichen Veränderung bestritten. Konservative bekräftigten, dass es weiterhin – je nach den lokalen Gegebenheiten – den traditionellen Eliten und den religiösen Institutionen überlassen sein sollte, die wichtigsten Entscheidungen zu treffen.

Der Liberalismus entstand als alternative Denkrichtung zur Begegnung der neuen Gefahr. Liberale argumentierten, der reaktionäre Konservatismus würde, da er notwendigerweise mit Unterdrückung und Gewalt verbunden sei, mittelfristig den eigenen Untergang befördern, weil er die Unterdrückten zur Rebellion veranlasse. Stattdessen sollten die Eliten die Unvermeidlichkeit bestimmter Änderungen akzeptieren und die Souveränität des Volkes nominell anerkennen. Zugleich sollten sie aber darauf beharren, dass die gesellschaftlichen Veränderungen einen komplizierten und gefährvollen Prozess darstellten, der Spezialisten überlassen bleiben sollte. Diese würden ihn im Auftrag der Mehrheit gut und umsichtig umsetzen. Liberale fassten also allmähliche und begrenzte Veränderungen ins Auge.

Der Radikalismus war die jüngste dieser Ideologien, die zunächst als bescheidenes Anhängsel des Liberalismus ins Leben trat. Würde man sich auf Spezialisten verlassen, so argumentierten die Radikalen, dann würde das allenfalls zu kleinen Veränderungen der sozialen Struktur führen. Stattdessen sollten die unteren Schichten diese Veränderungen sobald wie möglich selbst in Angriff nehmen, und zwar geleitet von einem demokratischen Ethos und einem egalitären Ideal.

Die europäischen Revolutionen von 1848 stellten einen Wendepunkt für die Beziehung dieser drei Ideologien zueinander dar – für den rechten Konservatismus, den zentristischen Liberalismus und den linken Radikalismus. Alles begann mit einem sozialen Aufstand im Februar in Paris, bei dem die radikale Linke für kurze Zeit die staatliche Gewalt zu übernehmen schien. Dieser Aufstand kam für die meisten unerwartet – ein erfreuliches Ereignis für die arbeitenden Klassen, eine bedrohliche Gefahr aus der Sicht der Eliten. Er erschreckte die Konservativen und die Liberalen derartig, dass sie ihre vieldiskutierten und bis dahin als unüberbrückbar angesehenen Differenzen begruben, um ein politisches Bündnis zur Unterdrückung der sozialen Revolution einzugehen. Dieser Prozess erstreckte sich in Frankreich über drei Jahre, und er kulminierte im Zweiten Kaiserreich unter Napoleon III.

Aber damals fand nicht nur eine soziale Revolution statt. Im selben Jahr 1848 kam es in weiten Teilen Europas – in Ungarn, in Polen, in den italienischen und in den deutschen Regionen – zu nationalen Aufständen, die von den Historikern als

„Frühling der Nationen“ bezeichnet wurden. Genauso wie die soziale Revolution in Paris wurden sie innerhalb weniger Jahre niedergeschlagen – wenigstens für's Erste, letztlich aber auch für längere Zeit.

Diese verschiedenen Ereignisse von 1848 – der soziale Aufruhr in Frankreich und die nationalen Aufstände in mehreren Ländern – veranlassten die Vertreter sämtlicher drei Ideologien, ihre wesentlichen Strategien zu überdenken. Die Konservativen stellten fest, dass es vor allem in einem der großen Länder nicht zu entsprechenden Bewegungen gekommen war, nämlich in Großbritannien. Das erschien insofern bemerkenswert, als gerade hier, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in erheblichem Umfang radikale Kräfte entstanden waren, die als gut organisiert und aktiv angesehen werden mussten. Dennoch herrschte in diesem Land inmitten des pan-europäischen Sturms von 1848 vergleichsweise Ruhe.

Die Konservativen registrierten, und spätere Historiker haben dies bestätigt, dass die britischen Tories eine Methode entwickelt hatten, die den Radikalismus sehr viel effektiver in Schach hielt, als es gewaltige Repressionsmaßnahmen vermocht hätten: Sie hatten auf die Forderungen nach gesellschaftlichen und institutionellen Veränderungen immer wieder mit Konzessionen reagiert. Diese Konzessionen waren relativ unbedeutend, aber ihr wiederholtes Auftreten schien bei den radikalen Kräften den Eindruck zu erwecken, dass der Wandel im Gang war. Das britische Beispiel überzeugte die Konservativen in Kontinentaleuropa davon, dass sie ihre Taktik revidieren mussten. Diese Analyse führte somit zu einer Annäherung an die Positionen der zentristischen Liberalen und firmierte unter dem Etikett des „aufgeklärten Konservatismus“.

Gleichzeitig zeigten sich auch die Radikalen durch die Ereignisse verunsichert. Bisher hatten sie Taktiken verfolgt, die entweder zu spontanen Erhebungen oder zum Rückzug in utopische Projekte führten. 1848 mussten sie aber erfahren, dass spontane Aufstände leicht niedergeschlagen werden konnten, während sich die utopischen Projekte längerfristig meist als nicht überlebensfähig erwiesen. Die Lektion, die sie dabei lernten, besagte also, dass sie Spontaneität durch die „Organisierung“ der Revolution ersetzen mussten – ein Programm, das sowohl langen Atem wie auch die Schaffung einer bürokratischen Struktur erforderlich machte. Dieser Wechsel der Taktik brachte die Radikalen in größere Nähe zu den Liberalen, wobei die radikalen Bürokraten an die Stelle der von diesen vorgesehenen Spezialisten traten. Sie waren es, die Veränderungen einleiten sollten.

Schließlich zogen auch die Liberalen ihre Schlüsse aus der Revolution von 1848. Sie begannen, ihre zentristische Position stärker zu betonen, während sie zuvor in erster Linie damit beschäftigt waren, die Konfrontation mit den Konservativen zu suchen. Jetzt sahen sie mehr und mehr die Notwendigkeit einer Taktik, die sowohl die Konservativen wie die Radikalen in ihre Sphäre hineinziehen würde, um sie dann als bloße Varianten des zentristischen Liberalismus erscheinen

zu lassen. Bei diesen Bemühungen erwiesen sie sich für sehr lange Zeit als höchst erfolgreich – in der Tat bis zu der sehr viel späteren Weltrevolution von 1968.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der organisatorische Aufschwung dessen zu sehen, was man als antisystemische Bewegungen verstehen kann. Es gab davon im wesentlichen zwei Varianten: soziale Bewegungen – die spätere Arbeiterbewegung – und nationale Bewegungen, daneben aber auch weniger strenge Ausformungen wie die Frauenbewegung und ethnisch-religiöse Bewegungen. All diese Bewegungen waren in einem einfachen Sinne antisystemisch: Sie widersetzten sich den etablierten Strukturen der Macht und wollten ein stärker demokratisches und egalitäres System in die Wege leiten.

Gleichwohl waren diese Bewegungen zutiefst gespalten in Bezug auf die Frage, welche gesellschaftliche Gruppe am meisten unterdrückt war, und welche Prioritäten gesetzt werden sollten, um die jeweiligen Ziele zu erreichen. Die Debatten darum haben bis zum heutigen Tag angehalten. Eine der grundsätzlichen Debatten betraf die Frage, welche Rolle dem Staat in einem anders gedachten sozialen System zukommen sollte. Einige vertraten, Staaten seien Strukturen, die von den Eliten eingerichtet worden waren und Mechanismen darstellten, mit denen diese andere Mitglieder der Gesellschaft kontrollierten. Insofern stelle der Staat einen Feind dar, mit dem man sich nicht einlassen dürfe und gegen den die jeweilige Bewegung unaufhörlich ankämpfen müsse. Die wesentliche Taktik müsse daher darin bestehen, die Unterdrückten zu erziehen und psychisch soweit zu stärken, dass sie zu permanent Militanten wurden, die die Werte einer demokratischen und egalitären Welt in sich aufnehmen und an andere weitergeben konnten.

Diese Sichtweise wurde von denjenigen infrage gestellt, die den Staat als Instrument der herrschenden Eliten sahen, weshalb man ihn nicht ignorieren könne. Solange die Unterdrückten nicht die Macht ergriffen hätten, würden die herrschenden Klassen ihre Stärke – auf militärischer und polizeilicher ebenso wie auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene – dazu nutzen, um die antisystemischen Bewegungen zu brechen. Demzufolge müsse man, wenn man das soziale System verändern wollte, zunächst einmal erreichen, den Staat zu kontrollieren. Wir nennen das mittlerweile die „Zwei-Schritte-Strategie“ – zuerst die staatliche Macht erobern, dann die Welt verändern.

Die Arbeiterbewegung und die nationalen Bewegungen differierten aber auch noch in einem anderen Punkt. Erstere beharrte darauf, das moderne Weltsystem sei kapitalistisch, weshalb in jedem Land die grundlegende Auseinandersetzung als Klassenkampf stattfand, und zwar zwischen den Besitzern des Kapitals („Bourgeoisie“) und denjenigen, die nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen hatten („Proletariat“). Zwischen diesen beiden Gruppen klaffte in Bezug auf Demokratie und Gleichheit ein tiefer Abgrund, der sich immer weiter ausdehnte.

Daraus folgte, dass der „historische Akteur“ der Veränderung natürlicherweise das Proletariat sein musste.

Die nationalen Bewegungen sahen die Welt auf andere Art, nämlich als eine, in der Staaten entweder intern durch eine ethnisch dominante Gruppe oder aber durch externe Kräfte kontrolliert wurden. Ihnen zufolge waren die am stärksten Unterdrückten diejenigen „Völker“, denen demokratische Rechte vorenthalten wurden und die dementsprechend in einem System der stetig zunehmenden Ungleichheit lebten. Die Konsequenz lautete, dass die „historischen Akteure“ natürlicherweise die unterdrückten Völker sein mussten. Nur wenn diese in ihrem eigenen Staat zur Macht kämen, könnte man Hoffnungen auf ein stärker demokratisches und egalitäres System haben.

Es ging in den Debatten aber nicht nur um diese Fragen, bei denen sich diejenigen gegenüberstanden, die der staatlichen Macht abschwören, und diejenigen, die sie als ersten Schritt erobern wollten, oder auch diejenigen, die das Proletariat, und diejenigen, die die Nationen als natürliche „historische Akteure“ sahen. Sowohl die Arbeiterbewegung wie die nationalen Bewegungen betonten die Wichtigkeit von „vertikalen“ Strukturen. Um die staatliche Macht zu übernehmen, sei die Etablierung einer, und jeweils nur einer einzigen antisystemischen Struktur vonnöten – innerhalb des bestehenden Staates aus Sicht der Arbeiterbewegung, in einem virtuellen Staat aus Sicht der nationalen Bewegungen. Alle vertraten, dass sämtliche übrigen antisystemischen Bewegungen sich dieser einen hauptsächlichen Bewegung unterzuordnen hätten, anders seien ihre jeweiligen Ziele nicht zu erreichen.

Nehmen wir etwa die Frauenbewegung. Für sie standen die ungleichen und undemokratischen Beziehungen zwischen Männern und Frauen im Lauf der Geschichte und speziell im modernen Weltsystem im Mittelpunkt, daher sei der Kampf gegen das, was als „Patriarchat“ bezeichnet wurde, mindestens so wichtig wie jeder andere Kampf und musste für sie an erster Stelle stehen. Demgegenüber beharrten die Arbeiterbewegung und die nationalen Bewegungen darauf, dass die Frauen Verbündete ihrer jeweiligen Bewegungen sein könnten, ihre Ansprüche jedoch nur im Anschluss an die erfolgreiche Durchsetzung der Ziele des „hauptsächlichen“ historischen Akteurs (des Proletariats oder der unterdrückten Nation) verwirklicht werden konnten. Die vertikal angelegten Bewegungen verwiesen die Erfüllung der Anliegen der Frauenbewegung somit auf spätere Zeiten.

Dieselbe Logik konnte auch gegenüber allen anderen Arten von Bewegungen angeführt werden – einzelne gewerkschaftliche Bewegungen oder solche von sogenannten sozialen Minoritäten (aufgrund von „Rasse“, Ethnizität, Religion oder Sprache). Sie alle hatten ihre Unterordnung unter die eine große Hauptbewegung zu akzeptieren und die Verwirklichung ihrer Ansprüche auf spätere Zeiten zu

vertagen. Sie konnten somit höchstens Anhängsel der großen Hauptbewegungen bilden – andernfalls galten sie als konterrevolutionär.

Als diese verschiedenen sozialen Bewegungen groß genug geworden waren, um politisch als relevant zu gelten (etwa um 1870), waren sie zwar real mittlerweile unübersehbar, organisatorisch und politisch jedoch nach wie vor schwach. Es blieb eine Glaubenssache, ob sie wirklich die staatliche Macht übernehmen konnten, da die tatsächlichen *rapport de forces* (Machtverhältnisse) im modernen Weltsystem dieser Hoffnung keineswegs entsprachen.

Ihre politische Stärke nahm von da an zwar stetig zu, dennoch erschienen sie noch lange, nämlich bis 1945, als relativ schwach. Insofern ist es erstaunlich, dass den vertikalen antisystemischen Bewegungen in der Zeit von 1945 bis 1970 der erste der beiden genannten Schritte gelang. In der Tat errangen sie damals nahezu überall die staatliche Macht. Es kam also unversehens zu einer Verschiebung in der politischen Arena des modernen Weltsystems, die nach einer umfassenden Erklärung verlangt.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden zwei wichtige zyklische Veränderungen wirksam. Dieser Zeitpunkt markierte das Einsetzen der A-Phase eines Kondratieff-Zyklus ebenso wie den Beginn einer unbestrittenen Hegemonie der USA. Der Erfolg der antisystemischen Bewegungen ist ohne diesen Kontext nicht zu erklären. Es ist aufschlussreich, sich zunächst die US-amerikanische Hegemonie anzusehen, die als Quasi-Monopol der geopolitischen Macht verstanden werden kann.

Hegemoniale Zyklen verlaufen über sehr lange Zeiträume hinweg, aber ihre Hochphase, die eigentliche Hegemonie, dauert nur relativ kurz. In der Tat hat es in der Geschichte des modernen Weltsystems lediglich drei solche Hochphasen gegeben: die Vereinigten Provinzen (oder auch Vereinigte Niederlande) in der Mitte des 17. Jahrhunderts, das Vereinigte Königreich in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die Vereinigten Staaten in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Jede von ihnen erstreckte sich ungefähr über 25 bis 50 Jahre. In allen Fällen ging ihr ein „Dreißigjähriger Krieg“ voraus, und zwar zwischen Staaten, die als Landmacht stark waren, und anderen, deren Stärke in ihrer Überlegenheit auf dem Meer (und in der Luft) begründet war. Der letzte dieser „Dreißigjährigen Kriege“ war derjenige zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zwischen 1914 und 1945. Er endete bekanntlich mit der vollständigen Niederlage Deutschlands.

Hegemonie basiert auf überragenden wirtschaftlichen Vorteilen, zu denen des Weiteren politische, kulturelle und militärische Stärken gehörten. Im Jahr 1945 waren die USA in der Lage, alle diese Merkmale zum eigenen Vorteil zu nutzen. Sie waren damals die einzige wichtige Industriemacht der Welt, die größeren Zerstörungen ihrer industriellen Anlagen entgangen war. Im Gegenteil hatte die Kriegsproduktion diese noch anwachsen lassen und ihre Effizienz erhöht. Zu

dieser Zeit war die Produktivität der Industrie so hoch, dass sie ihre führenden Produkte in andere Länder zu niedrigeren Preisen verkaufen konnte, als zu denen diese in den Ländern selbst hergestellt wurden – und das trotz der anfallenden Transportkosten. Diese Quasi-Monopole mit ihren exklusiven Privilegien wurden durch den US-amerikanischen Staat geschützt und ausgebaut.

Das Ergebnis davon war die größte Ausweitung der weltweiten Mehrwert-Produktion, die es in der 500jährigen Geschichte des modernen Weltsystems jemals gegeben hat. Die USA – der Staat, die Unternehmen, die Bewohner – waren zwar das Land, das davon am meisten profitierte, aber auch andere Länder gehörten zu den Nutznießern, wenngleich in sehr viel geringerem Ausmaß.

Das Problem von Quasi-Monopolen bei führenden Produkten besteht allerdings darin, dass sie aus verschiedenen Gründen die Tendenz zur Selbsterstörung in sich tragen. Erstens führt die hohe Rate der Kapitalakkumulation dazu, dass dieser quasi-monopolistische Sektor zu einem attraktiven Ziel für andere Unternehmen wird, die ebenfalls auf den Weltmarkt vorstoßen wollen. Diese Unternehmen stahlen oder kauften daher technisches Know-how und nutzten ihre Einflussmöglichkeiten auf ihre jeweiligen Regierungen, um der protektionistischen US-Politik zugunsten der Quasi-Monopole entgegen zu treten.

Darüber hinaus unterstützte die US-Regierung aktiv den westeuropäischen und japanischen Wiederaufbau der Wirtschaft, einerseits, um solcherart Konsumenten für US-amerikanische Produkte zu schaffen, andererseits, um sich der politischen Loyalität dieser de facto Satelliten-Regimes zu versichern. Dazu kam, dass die Quasi-Monopole, solange sie als solche bestanden, nichts mehr fürchteten als Produktionsstopps, da diese mit unwiederbringlichen Verlusten verbunden waren. Von daher schien es ihnen kurzfristig auch sinnvoller, Konzessionen bei Lohnforderungen ihrer Arbeiter einzugehen, als Streiks zu riskieren. Gleichwohl führte dies mit der Zeit dazu, dass die Produktionskosten stiegen, weshalb die Vorteile der US-Produktion gegenüber ihren Konkurrenten allmählich dahinschwanden.

In den 1960er Jahren ließ sich die zunehmend bessere wirtschaftliche Position Westeuropas und Japans insbesondere an den dramatischen Umbrüchen in einer der führenden Industriebranchen ablesen: der Automobilindustrie. Während die US-Unternehmen um 1950 ihre Konkurrenten in deren Heimatmärkten unterbieten konnten, traf Mitte der 1960er Jahre das Gegenteil zu. Westeuropäische und japanische Firmen begannen, den US-Markt zu erobern.

Aus all diesen Gründen gelang es in der Folgezeit auch anderen Unternehmen, sich verstärkt auf dem Weltmarkt zu etablieren, was die Konkurrenz weiter anfachte. Zweifellos hatten die Konsumenten davon einen gewissen Nutzen, doch gleichzeitig sank die Rentabilität der früheren Quasi-Monopole. Die US-Unternehmen mussten sich überlegen, wie sie die Verluste bei der Rate der Kapitalakkumulation minimieren konnten.



Erschwerend kam für das US-Kapital hinzu, dass gleichzeitig mit der Erosion ihres Quasi-Monopols bei der Produktion auch das Quasi-Monopol der US-amerikanischen geopolitischen Stärke infrage gestellt wurde und seinem unaufhaltsamen Niedergang entgegensah. Um zu verstehen, was hier geschah, müssen wir auf die Jahre seiner Entstehung um 1945 zurückgehen. Es wurde bereits erwähnt, dass die USA damals eine deutliche Überlegenheit ihrer wirtschaftlichen Produktivität aufwiesen, und dass dies auch ihre politische und kulturelle Dominanz unterstützte.

Gleichwohl gab es ein weiteres entscheidendes Element zur Sicherung der absoluten Hegemonie: die militärische Sphäre. Bis 1939 hatten die USA *keine* großen Investitionen in Militärtechnologie getätigt und nur einen kleinen Teil der Arbeitskräfte in diesem Sektor beschäftigt – und genau das war einer der Schlüssel für ihre überragende industrielle Produktivität. Der Zweite Weltkrieg veränderte die Allokation der staatlichen Einnahmen. Das Land entwickelte Atomwaffen und demonstrierte ihre Schlagkraft, indem es sie gegen Japan einsetzte. Dennoch war die allgemeine Stimmung damals überwiegend für eine Reduzierung der bewaffneten Streitkräfte.

Die USA standen vor dem Problem, dass eine Hegemonialmacht sich auch militärisch engagieren muss – das geht mit dieser Position zwangsläufig einher. Um 1945 gab es jedoch eine weitere Großmacht, die über einen gewaltigen Militärapparat verfügte, die Sowjetunion, und anders als die USA zeigte sie nicht die geringste Neigung, diesen abzubauen. Es war somit klar, dass sich die USA, wenn sie an ihrer hegemonialen Position festhalten wollten, mit der UdSSR arrangieren mussten. Dieses Arrangement kam zustande, und zwar unter dem Titel „Jalta“. Damit sind nicht die tatsächlichen Entscheidungen der „Großen Drei“ – USA, Großbritannien und Sowjetunion – bei dem Treffen im Februar 1945 gemeint, sondern eher eine Reihe von stillschweigenden Vereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR, die für einige Jahre Gültigkeit behalten sollten.

In der Tat gab es drei solcher Vereinbarungen. Die erste bezog sich darauf, dass die Welt in Einfluss- und Kontrollzonen aufgeteilt werden sollte, wobei die Grenzen im Großen und Ganzen der jeweiligen Frontlinie folgten, die die beiden Armeen 1945 erreicht hatten: die Oder-Neiße-Linie quer durch Deutschland von Norden nach Süden, der 38. Breitengrad in Korea. Auf diese Art würden die UdSSR die Vorherrschaft über ein Drittel der Länder des Globus ausüben und die USA über die restlichen zwei Drittel. Das Arrangement besagte, dass keine der beiden Seiten versuchen würde, diese Aufteilung mit militärischen Mitteln zu verändern.

Die zweite Vereinbarung betraf den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wie bereits angemerkt, waren die US-Unternehmen auf der Suche nach Konsumenten. Der Marshall-Plan und ähnliche Angebote für Japan sollten dafür sorgen, diese



zu stärken. Das Arrangement besagte, dass die USA solche wirtschaftlichen Unterstützungen auf die Länder in ihrem Einflussbereich beschränken würden, während es der UdSSR überlassen bliebe, in dem ihrigen nach eigenem Belieben zu verfahren.

Die dritte Vereinbarung bezog sich auf den Kalten Krieg. Dieser nahm unter anderem die Form an, dass jede Seite die andere anprangerte, ihre eigenen Vorzüge herausstrich und immer wieder ihren längerfristig abzusehenden ideologischen Sieg verkündete, während die andere Seite unlauterer Machenschaften bezichtigt wurde. Das Arrangement besagte, dass dies alles nicht zu ernst zu nehmen sei, dass also das Anprangern der anderen Seite keineswegs die Funktion haben sollte, den Inhalt der ersten Vereinbarung infrage zu stellen – das de facto für unbestimmte Zeit vorgesehene Einfrieren der Grenzen. Das tatsächliche Ziel der Rhetorik des Kalten Krieges war nicht auf Veränderungen bei der anderen Seite gerichtet, sondern sollte dazu dienen, die Loyalität der jeweiligen Satelliten zu erhalten.

Wenngleich die erste Vereinbarung bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion eingehalten wurde, und die zweite mindestens bis in die 1970er Jahre, wiesen die zwanglosen Abmachungen dennoch mehr und mehr Risse auf. Die Zementierung des internationalen Status quo war keineswegs nach dem Geschmack vieler Länder in der damals sogenannten Dritten Welt. Der erste große Dissident war die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die Stalins Vorschlag, sich die Macht mit der Kuomintang zu teilen, rundweg ablehnte. Stattdessen marschierte sie in Shanghai ein und verkündete die Volksrepublik China.

Mehrere Befreiungsorganisationen folgten dieser Linie der Dissidenz – so wollte die Viet Minh das gesamte Gebiet von Vietnam kontrollieren, der algerische Front de Libération Nationale die vollständige Unabhängigkeit erreichen und die Kubaner sich mit eigenen Waffen gegen die US-amerikanische Einmischung verteidigen. In all diesen Fällen waren es die Mächte der Dritten Welt, die der Sowjetunion ihren Willen aufzwingen – und nicht umgekehrt.

Der Vietnam-Krieg, in dem die USA sich aktiv mit eigenen Truppen engagierten, schwächte die US-Hegemonie auf verschiedene Weise. Zunächst hatte das Land dafür einen enormen ökonomischen Tribut zu zahlen. Darüber hinaus kam es zu einem Schwenk der öffentlichen Meinung in den USA, die sich zunehmend gegen diese Intervention aussprach (und in der Folge ebenso gegen solche in anderen Weltgegenden – das sogenannte Vietnam-Syndrom). Schließlich wurde dieser Krieg auch noch verloren, was weltweit die Einschätzung vieler Beobachter erhärtete, dass die US-amerikanische Militärmacht sehr viel weniger durchsetzungsfähig war, als man bis dahin geglaubt hatte. Dies fand seinen Ausdruck in dem Begriff „Papier-Tiger“.

In diesem Kontext ereignete sich die Weltrevolution von 1968 – eine Weltrevolution in dem schlichten Sinn, dass sie sich in vielen Ländern der Erde abspielte,

und zwar in allen drei damals sogenannten „Welten“. Es handelte sich aber auch insofern um eine Weltrevolution, als sich in ihr fast überall zwei wesentliche Themen wiederholten, selbst wenn diese in unterschiedlichen lokalen Sprachen ausgedrückt wurden.

Das eine dieser großen Themen war die Ablehnung der US-Hegemonie („Imperialismus“) durch die Systemkritiker, allerdings mit einer bemerkenswerten Wendung. Denn gleichzeitig kritisierte man das „Einverständnis“ der Sowjetunion mit dem US-amerikanischen Imperialismus, wie die geheimen Jalta-Abkommen interpretiert wurden. Die ideologischen Vorgaben des Kalten Krieges wurden somit infrage gestellt und die Unterschiede zwischen den beiden Supermächten als relativ gering gesehen.

Das andere Thema war die Absage an die Alte Linke (also an kommunistische und sozialdemokratische Parteien wie auch an nationale Befreiungsbewegungen), und zwar mit der Begründung, auch diese machten gemeinsame Sache mit dem System. Dabei wurde auf die „Zwei-Schritte“-Strategie verwiesen und festgestellt, dass die alten linken Bewegungen in der Tat den ersten Schritt – die Eroberung des Staates – gegangen waren, aber die Welt nicht ernsthaft verändert hatten. Die wirtschaftlichen Ungleichheiten waren nach wie vor enorm und nahmen sogar zu, innerhalb der Länder und international. Auch waren die Staaten nicht demokratischer geworden, möglicherweise sogar noch undemokratischer. Im Übrigen waren Klassenunterschiede nicht verschwunden, sondern allenfalls umbenannt worden, indem die Bourgeoisie zur *Nomenklatura* oder Ähnlichem wurde. Die Systemkritiker sahen die Alte Linke deshalb als Teil des Problems, nicht als dessen Lösung.

Es trifft zu, dass die Systemkritiker nicht imstande waren, über längere Zeit politische Macht zu entfalten, da ihre Bewegungen – genauso wie 1848 – bald niedergeschlagen wurden. Dennoch hatten sie eine entscheidende Wirkung: Die Weltrevolution von 1968 veränderte die Geokultur. Die Dominanz des zentristischen Liberalismus ging zu Ende. Dieser verschwand nicht völlig von der Bildfläche, er wurde aber darauf reduziert, nur mehr eine der drei ideologischen Richtungen darzustellen. Die radikale Linke und die konservative Rechte stiegen dagegen zu autonomen Akteuren auf der Bühne der Weltpolitik auf.

Als Nächstes kam es zu einer globalen wirtschaftlichen Stagnation im Rahmen der Abschwungphase des Kondratieff-Zyklus, der die Bewegungen entscheidend traf. Alle Ansätze, neue Initiativen der globalen Linken – die diversen Maoismen, die sogenannten neuen grünen Bewegungen, die neuen Aufstandsbewegungen – ins Leben zu rufen, sahen sich angesichts zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die viele Menschen fast überall trafen, einer schwindenden Unterstützung gegenüber.

Um dem Tempo ihres Niedergangs etwas entgegenzusetzen, entwickelten die USA mittlerweile grundsätzlich neue Strategien, und zwar auf drei Ebenen. Die

erste bezog sich auf die Beziehungen zu ihren einstmaligen wichtigsten Satelliten, Westeuropa und Japan. Diese waren wirtschaftlich sehr viel stärker geworden und politisch daher weniger angepasst als zuvor. Daher schien es geboten, ihnen ein neues Arrangement anzubieten, nämlich ihre Rolle als „Partner“ in der geopolitischen Arena neu zu definieren. Zu diesem Zweck wurden Institutionen wie die Trilaterale Kommission, die G7 und das World Economic Forum in Davos geschaffen. Das Angebot der USA bestand darin, den Partnern nunmehr zuzugestehen, auch geopolitische Initiativen zu entfalten, die nicht im Sinn der USA waren – wie z.B. die westdeutsche Ostpolitik, der Bau einer Öl-Pipeline zwischen der Sowjetunion und Westeuropa oder eine eigenständige Politik gegenüber Kuba. Dabei gab es einen Vorbehalt: Diese unabhängige Politik durfte nicht zu weit gehen und bestimmte Grenzen nicht überschreiten.

Die zweite Ebene der Neuorientierung betraf die Ebene der Entwicklungspolitik. Diese hatte man bis dahin mit hohem Engagement betrieben und revidierte dies nun. In den 1950er und 1960er Jahren war das Konzept der nationalen „Entwicklung“ weit verbreitet – nicht nur im Westen und in den sowjetischen Blockstaaten, sondern auch in der Dritten Welt. Damit war im wesentlichen gemeint: verstärkte Urbanisierung, die Herausbildung einer Schicht von Gebildeten, der Schutz junger heimischer Industrien und die Schaffung von staatlichen Institutionen und Bürokratien. Mit einem Mal änderte sich die globale Sprache. Der Schutz der einheimischen Industrie sollte durch verstärkte Exportproduktion ersetzt und staatliche Ausgaben für Bildung und Gesundheit sollten radikal gekürzt werden. Vor allem aber sollte das Kapital sich frei über alle Grenzen hinwegbewegen können. Dieses Bündel von Vorschriften wurde unter dem Namen Washington Consensus bekannt, über den Mrs. Thatcher den legendären Ausspruch tat: „There is No Alternative“ (TINA). Die neue Linie wurde zunächst vor allem durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) in die Praxis umgesetzt, indem er Staaten, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befanden, dringend benötigte Kredite nur noch dann gewährte, wenn sie sich verpflichteten, die genannten Vorgaben einzuhalten.

Auf einer dritten Ebene ging es um eine Neuordnung der Welt in Bezug auf die zunehmende Verbreitung von Atomwaffen. Die USA hatten inzwischen als Tatsache hinzunehmen, dass die fünf Mitglieder des Sicherheitsrates allesamt Atommächte waren, aber darauf wollten sie deren Kreis auch begrenzen. Dementsprechend wurde ein Vorschlag für die anderen Länder erarbeitet. Ein Abkommen sollte dafür sorgen, dass die fünf Atommächte ihre Bestände abbauen würden und all jenen Ländern ihre Hilfe anboten, die Atomenergie für zivile Zwecke entwickeln wollten und gleichzeitig auf den eigenen Besitz von Atomwaffen verzichten würden. Bekanntlich weigerten sich vier Staaten, diesen Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen: Israel, Indien, Pakistan und Südafrika. Aber

viele andere Länder traten ihm bei und beendeten ihre eigenen militärischen Programme.

Sämtliche Präsidenten von Nixon bis Clinton folgten dieser dreifachen Neuorientierung der US-amerikanischen Strategie, und sie erwies sich teilweise als erfolgreich. Sie verlangsamte den Niedergang des Landes vorübergehend, ohne ihn endgültig aufzuhalten. Den Konservativen, die sich neuerdings regeneriert hatten und nun unter dem Namen Neoliberale firmierten, erschien das neue geopolitische Rahmenwerk günstig für die weitere Ausbreitung ihrer Bewegungen. Der internationale Diskurs verschob sich deutlich nach rechts. Regime, die sich ihm verweigerten, verloren ihre Macht. Letztlich brach auch die Sowjetunion von innen her zusammen – das Symbol erfolgreicher „altlinker“ Politik, das seinen Anhängern wie seinen Gegnern bis dahin als unverrückbar erschienen war.

Dieser Kollaps wurde in der westlichen Welt als endgültiger Sieg im Kalten Krieg bejubelt, wobei allerdings vergessen wurde, dass es in diesem gar nicht darum gegangen war, zu „siegen“, sondern ihn als Pfeiler zur Stabilisierung des Weltsystems zu erhalten. In der Tat stellte sich nur zu bald heraus, dass der Zusammenbruch der UdSSR den Niedergang der US-Hegemonie beschleunigen und die Bewegungen der neoliberalen Rechten aushöhlen würde.

Das entscheidende geopolitische Ereignis in diesem Zusammenhang war der Erste Golfkrieg (1990-1991), der dadurch ausgelöst wurde, dass Saddam Husseins irakische Truppen in Kuwait einmarschierten. Seit fast hundert Jahren hatte der Irak die Schaffung eines eigenständigen kuwaitischen Staates durch Großbritannien angefochten, kam jedoch niemals in die Lage, ernsthaft etwas dagegen zu unternehmen. Solange die Baath-Partei an der Macht war, wurde das irakische Regime durch die Sowjetunion unterstützt, in den 1980er Jahren allerdings gleichermaßen durch die USA, die das Land zu dem besonders sinnlosen Krieg gegen den Iran ermutigten.

Im Jahr 1990 sah die Perspektive aus irakischer Sicht finster aus. Das Land hatte einen enorm hohen Preis für den zerstörerischen Krieg gezahlt und war tief verschuldet, wobei Kuwait einer der größten Gläubiger war. Darüber hinaus wurde unterstellt, dass Kuwait sich irakisches Öl mit Hilfe von Schrägbohrungen aneignete. Letztlich entscheidend war aber, dass der sich abzeichnende Kollaps der UdSSR den Irak von Beschränkungen befreite, die das Land im Kalten Krieg noch akzeptiert hätte. Nun schien ein geeigneter Zeitpunkt gekommen, um sich der eigenen Schulden zu entledigen und den lange beklagten „Verlust“ Kuwaits aufzuheben.

Wir wissen, was dann geschah. Nach anfänglichem Zögern mobilisierten die USA ihre Truppen, um die Iraker aus Kuwait zu vertreiben. Diese Invasion legte jedoch gleichzeitig die geopolitische Schwäche der USA bloß. Erstens waren diese nicht imstande, die Kosten der Militärintervention alleine zu tragen und mussten

dazu bis zu 90 Prozent von anderen Staaten unterstützt werden: Kuwait, Saudi-Arabien, Deutschland und Japan. Zweitens stand Präsident George H. W. Bush vor der Frage, ob die siegreichen Truppen in Bagdad einmarschieren sollten oder nicht. Er entschied sich für die vorsichtige Lösung, dies nicht zu tun, da es politisch wie militärisch riskant erschien. So wurden gegenüber dem Irak in der Folge eine Reihe von Sanktionen verhängt, aber Saddam Hussein blieb an der Macht.

Inzwischen hatten der Niedergang der Sowjetunion und die Möglichkeit für ihre früheren Satellitenstaaten, nunmehr unabhängige politische Strategien zu verfolgen, dazu geführt, dass diese allesamt unverzüglich den neoliberalen Weg einschlugen. Aber innerhalb weniger Jahre wurden dessen negative Wirkungen für den realen Lebensstandard der unteren Schichten offenbar und ließen die früheren kommunistischen Parteien (unter neuen Namen) an die Macht zurückkehren und abgeschwächte sozialdemokratische Programme durchführen. Gleichzeitig erstarkten aber auch rechte nationalistische Parteien. Es stellte sich heraus, dass es sehr schwierig war, das magische Versprechen eines „westlichen“ Regierungsstils zusammen mit einem „westlichen“ wirtschaftlichen Aufstieg in die Realität umzusetzen, was viele dieser Regierungen in ihrer Stabilität bedrohte.

Zu diesem Zeitpunkt lebten die antisystemischen Bewegungen wieder auf. Die ersten Reaktionen auf den Zusammenbruch der UdSSR waren ein emotionaler Schock und eine niedergeschlagene Stimmung, selbst bei denjenigen, die den sowjetischen Erfahrungen kritisch gegenüberstanden. Aber nach einigen Jahren dieser düsteren Perspektiven erschien neues Licht auf dem Horizont der globalen Linken. Mehrere Bewegungen verweigerten sich der Einschätzung, hier handele es sich um den unwiderruflichen Triumph des rechten Diskurses. Eine Erneuerung des linken globalen Diskurses war möglich.

Bis hierher wurden die Auswirkungen der globalen Stagnation durch die B-Phase des Kondratieff-Zyklus auf die antisystemischen Bewegungen dargestellt. Dieser ist aber darüber hinaus im größeren Zusammenhang langfristiger Trends zu sehen. Im bisherigen Ablauf der historischen Systeme war zu beobachten, dass zyklische Abschwünge jeweils nicht zu dem zuvor erreichten unteren Wendepunkt zurückkehren, sondern zu einem höher liegenden Punkt. Man kann sich das als eine Bewegung vorstellen, die auf einer prozentualen Skala erfolgt, wobei auf zwei Schritte nach vorne ein Schritt zurück erfolgt, und die Kurve sich asymptotisch einer Linie von 100 Prozent annähert. Auf lange Sicht erreicht der Trend ein Niveau, von dem aus ein weiterer Anstieg schwierig erscheinen muss, und an diesem Punkt hat sich das System weit von einem Zustand des Gleichgewichts entfernt. Diesen Punkt können wir als Beginn der strukturellen Krise des historischen Systems bezeichnen.

Warum der historische Kapitalismus in eine strukturelle Krise geraten ist, lässt sich kurz mit dem stetigen Anstieg von drei wesentlichen Kostenarten über

die Zeit hinweg erklären: Personal, materielle Inputs und Steuern. Unternehmen erzielen Gewinne, indem sie die Gesamtheit dieser Kosten niedriger halten als die Preise, zu denen sie ihre Produkte verkaufen können. Da diese Kosten im Zeitablauf ansteigen, erreichen sie irgendwann eine Höhe, bei der die Konsumenten nicht mehr willig sind, die Güter zu kaufen, sodass es nicht möglich ist, über die Produktion weiteres Kapital zu akkumulieren.

Jede dieser Kostenarten ist komplex, da sie sich aus unterschiedlichen Teilkosten zusammensetzt. Lohnkosten ist diejenige Kategorie, die immer schon am ehesten transparent war. Dazu gehören die stets am meisten diskutierten Löhne für ungelernete Arbeit. Historisch sind sie gestiegen, da die Arbeitskräfte Wege gefunden haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Während der B-Phase des Kondratieff-Zyklus entwickelten die Unternehmen als Antwort darauf die Verlagerung der Produktion in Regionen mit „historisch niedrigeren Löhnen“. Diese eigenartige Ausdrucksweise weist darauf hin, dass Unternehmen in der Lage waren, sich Arbeitskräfte aus ländlichen Gegenden zu verschaffen, die weniger in globale Arbeitsmärkte integriert waren, sodass diese Arbeitskräfte sich bereitfinden, für niedrigere Reallöhne zu arbeiten. Sie waren immer noch höher als die Einkommen, die sie bisher mit ihrer Arbeit erzielt hatten. Aber nach einigen Jahren hatten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter an ihre neue Umgebung gewöhnt und gelernt, sich für gewerkschaftliche Aktionen einzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt machten sich die Unternehmen auf die Suche nach neuen Regionen, doch hing die Praktikabilität dieser Lösung stets davon ab, ob neue ländliche Arbeitskräfte rekrutiert werden konnten. Mittlerweile ist das Angebot an seine Grenze gestoßen, wie an der zunehmenden Entvölkerung der ländlichen Gegenden zu sehen ist.

Löhne für ungelernete Arbeitskräfte sind nur ein Teil der Personalkosten. Ein anderer Teil sind die ständig gestiegenen Gehälter für die mittleren Angestellten, die gebraucht werden, um einerseits die strukturelle Komplexität der größeren Unternehmen zu bewältigen, andererseits, um eine Barriere gegenüber den Forderungen der ungelerneten Arbeiterschaft zu errichten.

Eine Lösung für die steigenden Kosten der Ungelernten bestand auch darin, sie fast gänzlich aus der Produktion auszuschließen, und zwar durch deren Mechanisierung – ein Ausweg, der in den letzten Jahren ebenfalls mehr und mehr bei den mittleren Angestellten ergriffen wurde. Die größten Gehaltssteigerungen hat es jedoch bei der dritten Gruppe, dem Top-Management, gegeben. Dieses war imstande, die eigene Kontroll-Position dazu auszunützen, enorme Renten abzuzweigen, was wiederum die Gewinne der Investoren (der Anteilseigner) schmälert. Alles in allem sind die Personalkosten heutzutage sehr viel höher als früher und sie steigen nach wie vor.

Ähnlich ist die Entwicklung bei den materiellen Inputs verlaufen. Die Unternehmen in diesem Bereich haben von jeher danach getrachtet, ihre Kosten

dadurch niedrig zu halten, dass sie wichtige Prozesse externalisiert haben: Giftstoffe wurden an die Umwelt abgegeben, die Erneuerung von Rohstoffen und die Schaffung von Infrastruktur der Gesellschaft überlassen. In den letzten 500 Jahren wurden Giftstoffe einfach dadurch beseitigt, dass man sie im öffentlichen Raum entsorgte. Doch inzwischen ist dieser knapp geworden, was eine weltweite Ökologiebewegung entstehen ließ, die eine saubere Umwelt forderte. Das konnte nur von Staaten durchgesetzt werden, die in der Folge die Steuern erhöhten. Gleichzeitig zwangen die Staaten die Unternehmen, die Kosten zu internalisieren, was wiederum auf die Profite drückte. Diese Verknappung des öffentlichen Raumes ist analog zur Entvölkerung von ländlichen Gegenden zu sehen, die noch nicht in Märkte einbezogen sind.

Auch die Erneuerung von Rohstoffen stellte lange Zeit kein Problem dar, da diese einfach abgebaut wurden, ohne sich um die Folgen zu sorgen. Eine wachsende Weltbevölkerung ließ jedoch allerorten eine akute Knappheit an Energie, Wasser, Wald und Grundnahrungsmitteln (Fisch und Fleisch) entstehen. Diese Knappheiten haben ihrerseits zu politischen Verteilungskämpfen innerhalb und zwischen Ländern geführt.

Des Weiteren stellt die Infrastruktur ein entscheidendes Element für kommerzielle Warenproduktion dar. Aber auch hier haben die Unternehmen in der Geschichte nur teilweise für deren Nutzung gezahlt und haben es vorgezogen, diese Kosten auf andere abzuwälzen, insbesondere auf den Staat. Angesichts der ständig steigenden Kosten für die Reparatur und Ausweitung der Infrastruktur haben sich die Staaten zunehmend außerstande gesehen, sie zu tragen, sodass es weltweit zu einem deutlichen Verschleiß der Transport- und Kommunikations-einrichtungen gekommen ist.

Ungeachtet der anhaltenden und umfangreichen Steuerflucht haben schließlich ebenso die Steuerlasten stark zugenommen. Hier gibt es eine Reihe von Abgaben – nicht nur die viel besprochenen landesspezifischen Steuern, sondern auch solche auf der kommunalen Ebene und Sozialabgaben. Diese werden letztendlich nicht nur dazu verwendet, um die Bürokratie aufrechtzuerhalten, sondern gleichfalls für Dienstleistungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit, deren wachsendes Angebot sich den anhaltenden Forderungen der antisystemischen Bewegungen verdankt. Das Gleiche gilt für Vorsorge im Alter und bei Arbeitslosigkeit, alles zusammen also für den „Wohlfahrtsstaat“. Trotz aller den Staaten aufgenötigten Einschnitte in die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bleibt festzuhalten, dass die entsprechenden Ausgaben weltweit sehr viel höher sind als jemals zuvor.

Doch das ist immer noch nicht die ganze Geschichte. Wir werden täglich mit einer Fülle von Berichten überschüttet, die von Korruption handeln, die sich keineswegs nur in den ärmeren, sondern noch sehr viel mehr in den rei-



chen Ländern ereignet, denn dort gibt es mehr Geld zu holen. Aus der Sicht der Unternehmen sind die Kosten für Bestechungen genauso eine Belastung wie Abgaben an den Staat. Diese Bestechungen stehen auch im Zusammenhang mit den übrigen geschilderten Beschränkungen (insbesondere den Knappheiten) und stellen reale Steuern dar.

Während die Produktionskosten stetig gestiegen sind (nach dem beschriebenen Muster „zwei Schritte nach vorne – ein Schritt zurück“), wurde die Möglichkeit von Preiserhöhungen auch dadurch ernsthaft begrenzt, dass es weltweit zu einer Polarisierung von Einkommen und Vermögen gekommen ist. Die effektive Nachfrage ist zudem dadurch gefallen, dass Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen wurden. Die verringerten Möglichkeiten der Akkumulation führen schließlich dazu, dass Existenzängste zunehmen und sowohl Unternehmen wie Konsumenten eine zunehmende Scheu vor größeren Ausgaben entwickeln, was die effektive Nachfrage weiterhin vermindert. Das Weltsystem gerät also in seine strukturelle Krise, in der weder die Unterklassen noch die Unternehmer auf ihre Kosten kommen. Sie sehen sich daher nach verfügbaren Alternativen um.

Sind wir erst einmal mitten in der strukturellen Krise, dann wird das System chaotisch, d.h. die Kurven entwickeln wilde Schwankungen. Das System kann in seiner bisherigen Weise nicht weiter funktionieren – es spaltet sich auf. Zum einen besteht innerhalb des Systems selbst die absolute Überzeugung, dass es so nicht weiter existieren kann, aber es ist völlig unsicher, welches System oder welche Systeme darauf folgen können. Es kann nur sehr allgemein gesagt werden, welche zwei grundsätzlichen Alternativen sich stellen, um zu einer neuen systemischen Ordnung zu kommen.

Zum anderen führt diese Spaltung zu größeren politischen Auseinandersetzungen in Bezug auf die möglichen beiden Alternativen, welche davon also von allen Beteiligten des Systems „gewählt“ werden wird. Das heißt, wir können nichts über das Ergebnis sagen, aber wir können es beeinflussen. Was die antisystemischen Bewegungen betrifft, ist als Wendepunkt der 1. Januar 1994 zu nennen, als die Neo-Zapatistas (EZLN, Ejército Zapatista de Liberación Nacional) sich in Chiapas erhoben und die Autonomie der indigenen Völker verkündeten. Warum gerade am 1. Januar 1994? Weil es der Tag war, an dem die North American Free Trade Association (NAFTA) in Kraft trat. Indem sie diesen Tag wählten, sandten sie eine Botschaft an Mexiko und an die ganze Welt: Die dramatische Erneuerung der 500 Jahre alten Forderung der Völker von Chiapas nach Selbstbestimmung sollte sich gegen den Imperialismus auf der ganzen Welt ebenso wie gegen Mexikos Teilnahme an NAFTA und die Unterdrückung der Völker von Chiapas richten.

Die EZLN betonte, dass sie kein Interesse daran hatte, die Macht im mexikanischen Staat zu übernehmen – im Gegenteil! Sie wollte sich vom Staat zurückziehen und lokale Lebensformen aufbauen oder auch wiederherstellen.

Der EZLN war durchaus realistisch. Es war ihr klar, dass er militärisch nicht stark genug war, um einen Krieg aufzunehmen. Deshalb stimmte sie einem Waffenstillstand mit der mexikanischen Regierung zu, der von Kräften, die mit ihnen sympathisierten, initiiert worden war. Zwar hat die mexikanische Regierung diesen niemals eingehalten, aber angesichts der Unterstützung, die die EZLN mobilisieren konnte, musste sie zumindest relativ zurückhaltend agieren.

Diese Unterstützung war das Ergebnis eines zweiten großen Themas, das die EZLN verfolgte. Sie sagte Bewegungen aller Art, die sich für mehr Demokratie und mehr Gleichheit einsetzen würden, ihre Unterstützung zu. Außerdem veranstaltete sie sogenannte intergalaktische Treffen, zu denen die gesamte globale Linke eingeladen wurde. Bei diesen lehnte sie es ab, sektiererische Ausgrenzungen nach dem Muster der alten Linken vorzunehmen. Stattdessen sprach sie sich für allgemeine Teilhabe und gegenseitige Toleranz aller Bewegungen der globalen Linken aus.

Einen zweiten Anstoß zum Wiederaufleben der globalen Linken gab es 1999. Eines der wichtigsten Ziele der globalen Rechten bestand darin, den Washington Consensus zu institutionalisieren, indem im Rahmen der World Trade Organization (WTO) ein Abkommen verabschiedet würde, das die sogenannten geistigen Eigentumsrechte sämtlicher Unterzeichnerstaaten garantieren sollte. Dies hätte bedeutet, dass Länder daran gehindert würden, bestimmte Produkte wie Pharmazeutika für den eigenen Bedarf billiger herzustellen und sie anderen zu verkaufen.

Bei den Gipfelprotesten 1999 in Seattle gab es zwei Besonderheiten. Die erste war, dass es rund um die WTO-Verhandlungen eine massenhafte Protestbewegung gab, die von drei Kräften getragen wurde, die bis dahin noch nie gemeinsam aufgetreten waren: von der Arbeiterbewegung (insbesondere der US-amerikanischen AFL-CIO), den Umweltaktivisten und den Anarchisten. Dazu kam, dass die Mehrzahl der Mitglieder dieser Gruppen US-Bürger waren, was die Behauptung widerlegte, dass nur der globale Süden imstande wäre, Widerstand gegen den Neoliberalismus zu mobilisieren.

Die zweite Besonderheit war, dass diese Proteste erfolgreich waren. Sie ermöglichten es einigen der Delegationen, die mit den Protestierenden sympathisierten, sich gegen die Annahme des Abkommens auszusprechen, sodass das WTO-Treffen schließlich ohne einen derartigen Beschluss zu Ende ging und scheiterte. Seither wurde auch jeder weitere Versuche, es doch noch durchzusetzen, blockiert – die WTO wurde unbedeutend. Darüber hinaus wurden die Methoden des Protests von Seattle in der Folge bei internationalen Treffen aller Art kopiert. Dies führte dazu, dass die Veranstalter solcher Treffen dazu übergingen, sie an entlegene Orte zu verlegen, die ihnen bessere Möglichkeiten boten, die Protestierenden fernzuhalten und ihre Menge zu begrenzen.

Dies bringt uns nun zur dritten wichtigen Entwicklung im Rahmen des neuen Aufwinds der antisystemischen Bewegungen – nach Chiapas und Seattle kam Porto

Alegre, und damit das World Social Forum (WSF) von 2001. Ursprünglich gab es den gemeinsamen Aufruf eines Netzwerks von sieben brasilianischen Organisationen (mehrere davon waren linkskatholisch ausgerichtet, aber auch die wichtigste Gewerkschaft gehörte dazu) sowie von ATTAC in Frankreich. Sie wählten den Namen World Social Forum als Gegensatz zum World Economic Forum (WEF), das sich seit 30 Jahren in Davos traf und einen wichtigen Ort für Diskussionen und Planungen der Eliten darstellte. Um diesen Gegensatz noch deutlicher zu markieren, setzten sie das Treffen für die gleiche Zeit an und wählten als Ort Porto Alegre, was die politische Bedeutung des globalen Südens unterstreichen sollte.

Die Organisatoren trafen die wichtige Entscheidung, dass das Treffen für alle offen sein sollte, die gegen Imperialismus und Neoliberalismus waren. Sie beschlossen außerdem – und das war sehr viel umstrittener –, dass politische Parteien und Aufstandsbewegungen nicht auftreten sollten. Schließlich einigten sie sich auch darauf, dass es weder Funktionäre noch Wahlen und Resolutionen geben sollte, um stattdessen einen „horizontalen“ Ansatz für die Organisation der antisystemischen Kräfte zu verfolgen, dies im Gegensatz zu dem „vertikalen“ und somit ausgrenzenden Ansatz der früheren alten linken Bewegungen. Zusammenfassend wählten sie als Motto des Treffens den inzwischen weit bekannten Slogan: „Eine andere Welt ist möglich“.

Entgegen den Erwartungen wurde Porto Alegre zu einem riesigen Erfolg. Die Veranstalter hatten auf 5.000 Teilnehmende gehofft, doch es kamen 10.000. Dabei ist einzuräumen, dass die meisten von ihnen aus Brasilien oder benachbarten Ländern kamen, außerdem aber auch aus Frankreich und Italien. Und sie trafen gleich zwei wichtige Entscheidungen. Zum einen beschlossen sie, die Treffen fortzusetzen und sie geographisch möglichst auszuweiten, zum anderen schufen sie für die Organisation zukünftiger Treffen einen internationalen Rat, der sich mehr oder weniger per Kooptation konstituierte. In den folgenden Jahren fanden die WSF-Treffen an verschiedenen Orten des globalen Südens statt, und die Zahl der Teilnehmenden stieg ständig an. So gesehen kann man von einem anhaltenden Erfolg sprechen.

Am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts wurden allerdings bestimmte Schwierigkeiten des WSF offensichtlich. Sie können am besten im Kontext der Entwicklung des Weltsystems selbst verstanden werden. Eine Ursache war die US-amerikanische Immobilienblase der Jahre 2007-2008, die Kommentatoren auf der ganzen Welt dazu veranlasste, eine Art von „Krise“ im Weltsystem anzuerkennen. Eine andere Ursache war der wirtschaftliche und geopolitische Aufschwung der „Schwellenländer“ – vor allem, aber nicht nur, der sogenannten BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika).

Diese beiden Ursachen führten zu einer öffentlichen Debatte über die enorme Wohlstandskluft und die Zukunft der geopolitischen Dominanz des globalen

Nordens – und zu großer Unsicherheit bei den Kommentatoren, wie diese Veränderungen einzuschätzen seien. Handelte es sich hier um einen fundamentalen Wandel oder aber lediglich um einen vorübergehenden Einbruch auf der wirtschaftlichen und geopolitischen Szene? Die antisystemischen Bewegungen und ihre Anhänger sahen diese Fragen ebenfalls äußerst ambivalent. Es führte letztlich innerhalb des WSF zu einer Debatte über dessen Erfolge und Fehlschläge.

Aktuell stehen die antisystemischen Bewegungen vor mehreren ernsthaften Konflikten. Der erste bezieht sich auf die Frage, ob man von einer strukturellen Krise des historischen Kapitalismus ausgehen muss – oder nicht. Der zweite betrifft die Setzung von Prioritäten bei kurz- und mittelfristig angelegten Aktionen. Am allerwichtigsten im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erscheint es aber, sich darüber Klarheit zu verschaffen, inwieweit die Debatten, die in den Jahrzehnten davor geführt, und deren Geister, einstmals durch die Weltrevolution von 1968 ausgetrieben wurden, nunmehr wie eine Pestplage wieder neu aufgetreten sind.

Wie weiter oben beschrieben wurde, gab es drei Debatten. Die erste betraf die Rolle des Staates beim Übergang zu einer anderen Art des historischen Systems. Die zweite entzweite die Arbeiterbewegung und die nationalen Bewegungen hinsichtlich der Identifizierung des führenden historischen Akteurs beim Kampf für eine gerechtere Gesellschaft. Bei der dritten kam es zur Konfrontation der „Vertikalist“ (für die verschiedenartig unterdrückten Gruppen ihre Forderungen allesamt denjenigen des wichtigsten historischen Akteurs unterordnen sollten) mit den „Horizontalisten“ (denen die Anliegen aller unterdrückten Gruppen gleichermaßen dringend und wichtig schienen und die daher nicht aufgeschoben werden sollten).

Damit sind wir wieder an dem bekannten Scheidepunkt! Innerhalb des WSF und in der breiteren Bewegung für globale Gerechtigkeit gibt es die einen, die mit staatlicher Macht um keinen Preis etwas zu tun haben wollen, und die anderen, für die deren Erringung eine wesentliche Vorbedingung darstellt. Es gibt die einen, die auf dem Vorrang des Klassenkampfes beharren (1% gegen 99%), und die anderen, für die es als Erstes um die nationalen Auseinandersetzungen geht (Süd gegen Nord). Und es gibt die einen, die im vertikalistischen Sinn innerhalb des WSF oder in der breiteren Bewegung für globale Gerechtigkeit auf einheitlichen politischen Aktionen bestehen, während die anderen im horizontalistischen Sinn gerade die am ehesten vergessenen, am untersten Rand angesiedelten Gruppen einbeziehen wollen.

Diese Differenzen wurden in Lateinamerika deutlich sichtbar, da der Kontinent durch die globalen Entwicklungen besonders stark geprägt ist. Aus unterschiedlichen Gründen (zu denen der Niedergang der geopolitischen Macht der USA gehört) kamen hier im 21. Jahrhundert eine Reihe von Regierungen an

die Macht, die entweder links oder zumindest links von der Mitte sind. Es hat auch Bestrebungen gegeben, die auf unterschiedliche Weise von Venezuela und Brasilien vorangetrieben wurden, süd- oder lateinamerikanische Strukturen zu schaffen (UNASUR und CELAC), bei denen die USA und Kanada ausgeschlossen sein sollten. Des Weiteren wurden Schritte dazu unternommen, regionale wirtschaftliche Zonen und Strukturen entstehen zu lassen (Mercosur, Bancosur).

Gleichzeitig haben alle diese Links- oder Mitte-Links-Regierungen (und auch die wenigen Rechtsregierungen) eine Politik der Entwicklung eingeschlagen, die unter anderem mit einer Förderung von Rohstoffindustrien verbunden war, wobei die Rechte der indigenen Bevölkerung in traditionellen Gebieten verletzt wurden. Diese Gruppen haben die linken Regierungen daher beschuldigt, in dieser Hinsicht um nichts besser zu sein als ihre rechten Vorgänger. Umgekehrt haben die linken Regierungen die indigenen Bewegungen beschuldigt, objektiv und willentlich in Übereinstimmung mit rechten Gruppen und mit den geopolitischen Interessen der USA zu handeln.

Das eindeutige Ergebnis ist eine globale Linke, die sich über die Frage nach einer neuen systemischen Ordnung gespalten hat, wobei sie auf der Suche nach einem relativ demokratischen und relativ egalitären Weltsystem (oder mehrerer Weltsysteme) gerade eine derartige Spaltung zu vermeiden hoffte. Selbstverständlich ist auch die globale Rechte in interne Debatten über die einzuschlagenden Taktiken verstrickt – doch das kann für die globale Linke nur ein schwacher Trost sein.

Eine Möglichkeit, die Optionen der globalen Linken zu analysieren, liegt darin, sie in einen zeitlichen Rahmen einzuordnen, bei dem kurzfristige und mittelfristige Prioritäten unterschieden werden. Wir alle leben zunächst mit einer kurzfristigen Perspektive. Wir müssen uns ernähren, wohnen, uns um unsere Gesundheit kümmern – und einfach überleben. Keine Bewegung kann darauf hoffen, Unterstützer anzuziehen, wenn sie nicht für alle diese dringlichen Bedürfnisse akzeptiert. Meiner Ansicht nach folgt daraus, dass sämtliche Bewegungen alles daran setzen müssen, um die unmittelbaren Bedrängungen zu vermindern. Ich nenne diese Orientierung: „die Pein minimieren“. Sie ist mit diversen kurzfristigen Kompromissen verbunden, aber sie ist wesentlich. Gleichzeitig muss man sich darüber im Klaren sein, dass diese Minimierung der Pein das System in keiner Weise verändert. Das war die klassische sozialdemokratische Illusion. Eine solche minimiert eben lediglich die Pein.

Mittelfristig (d.h., in den nächsten 20 bis 40 Jahren) stellen sich die fundamentalen und umfassenden Fragen. Hier gibt es keine Kompromisse. Die eine oder die andere Seite wird siegen. Ich nenne diese Schlacht diejenige zwischen dem Geist von Davos und dem Geist von Porto Alegre. Der Geist von Davos bedeutet die Suche nach einem neuen nicht-kapitalistischen System, das dessen

schlimmste Merkmale fortführt – Hierarchie, Ausbeutung und Polarisierung. Seine Vertreter können durchaus ein Weltsystem installieren, das schlimmer ist als das gegenwärtige. Der Geist von Porto Alegre bedeutet ein System, das relativ demokratisch und relativ egalitär ist. Ich sage „relativ“, weil es niemals eine völlig eingeebnete Welt geben wird, aber wir können es besser, viel besser machen als bisher. In diesem Sinn gibt es einen *möglichen* Fortschritt.

Wir wissen nicht, wer diese Schlacht gewinnen wird. Wir wissen aber, dass in einer chaotischen Welt jede Nano-Aktion in jedem Nano-Moment und in jedem Nano-Bereich das Ergebnis beeinflussen wird. Deshalb komme ich bei diesen Diskussionen letztlich auf die Metapher des Schmetterlings. Im letzten halben Jahrhundert haben wir gelernt, dass jeder Flügelschlag eines Schmetterlings das Weltklima verändert. In diesem Übergang zu einer neuen Weltordnung sind wir alle kleine Schmetterlinge, deshalb hängt die Chance, die Spaltung in unsere Richtung zu entscheiden, von uns ab. Es steht dabei 50 zu 50. Daraus folgt, dass unsere Anstrengungen als Aktivisten nicht nur nützlich sind; sie sind wesentlich in unserem Kampf für eine bessere Welt.

Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch: *Dorothea Schmidt*

# DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND  
SOZIALWISSENSCHAFTEN

## 309 Kritisch-literarische Praxis

D. MANOTTI: Schreiben, um zu verstehen

W. SCHMIDT: *Die Ästhetik des Widerstands* als Suche nach einer Haltung heute

R. COHEN: Gesicht und Maske.

V. Brauns *Arbeitsbuch 1990-2008*

V. BRAUN: Werktage

W. F. HAUG: »Vieles lügen die Dichter«. Ein Exkurs in die Archäologie von Literatur

K. H. GÖTZE: Über einige Versuche Brechts, die Lüge zu erkunden

O. K. WERCKMEISTER: Benjamin, sonst nichts. Zur Kunstwerk-Neuausgabe

P. BODEN: Zur Geschichte der *Ästhetischen Grundbegriffe*

N. SCHNEIDER: Mimesis und Realismus. Metschers Philosophie der Kunst  
\*\*\*

U. SCHRÖTER: Experte für »Alltag und Herrschaft in der DDR«?